Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 1366

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kopf, Dr. Harm und Genossen

betr. **Vereinfachung der Grenzformalitäten**

Unter Bezugnahme auf die Empfehlung 216*) der Beratenden Versammlung des Europarates vom 18. September 1959 betr. Vereinfachung von Grenzformalitäten und auf den Antrag – Drucksache 519 – betr. Vereinfachung der Grenzformalitäten, der am 11. Juni 1959 vom Deutschen Bundestag angenommen wurde,

fragen wir die Bundesregierung:

1. Ist die Bundesregierung bereit, die in der Empfehlung 216 genannten Maßnahmen für die Förderung und Fortführung der Arbeiten des Ausschusses der Regierungssachverständigen für die Vereinfachung der Grenzformalitäten im Ministerkomitee des Europarates zu unterstützen?

2. Welche Schritte wurden von der Bundesregierung unternommen, um die im Antrag Drucksache 519 gemachten Vorschläge zur Vereinfachung der Grenzformalitäten zu verwirklichen?

Bonn, den 9. November 1959

Dr. Kopf
Dr. Harm
Altmaier
Dr. Becker (Hersfeld)
Even (Köln)
Dr. Furler
Gerns
Höfler
Dr. Leverkuehn
Dr. Meyer (Frankfurt)
Dr. Mommer
Paul
Frau Dr. Rehling
Dr. Serres
Frau Dr. h. c. Weber (Essen)

*) *siehe Anlage umseitig*

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 3551

Anlage

Empfehlung 216 betr. die Vereinfachung der Grenzformalitäten

(Kurze Inhaltsangabe)

Die Versammlung würdigt den entscheidenden Beitrag, den der Sonderausschuß der Regierungssachverständigen für die Vereinfachung der Grenzformalitäten in den vergangenen Jahren geleistet hat. Weitere Möglichkeiten zur Vereinfachung des grenzüberschreitenden Verkehrs sind jedoch noch gegeben, z. B. der Verzicht auf Zollpapiere bei der vorübergehenden Einfuhr von Personenkraftwagen und Reiseomnibussen, die Vereinheitlichung der nationalen Regelungen für die Kraftwagenzulassung und die Vereinfachung der Formalitäten auf den Flughäfen. Für die schnelle und befriedigende Lösung dieser Probleme ist die vorbereitende Arbeit des Sonderausschusses von ausschlaggebender Bedeutung; das Ministerkomitee des Europarates wird daher ersucht, die erforderlichen Mittel für die Fortsetzung dieser Arbeiten bereitzustellen.